

# „Finanzieller Offenbarungseid“

Wie die Linkspartei unser Land in den Ruin treiben will.



# „Finanzieller Offenbarungseid“

## Wie die Linkspartei unser Land in den Ruin treiben will.

Die Linkspartei strebt einen sozialistischen Staat an. Ihr Ziel ist die Veränderung unserer Gesellschaft und unserer freiheitlichen Grundordnung. Um hierfür die notwendigen parlamentarischen Mehrheiten zu bekommen, verspricht die ehemalige SED/PDS das „Blaue vom Himmel“ und zeigt sich freizügig bei der Gewährung vermeintlicher sozialpolitischer Wohltaten: Nach dem Motto „Freibier für alle“ ist für jeden etwas dabei: „BAföG für alle Studenten“, „Anhebung von Hartz IV auf 420 Euro monatlich“ oder „Erhöhung des monatlichen Kindergeldes auf 250 Euro je Kind“ sind einige der populistischen Forderungen, mit denen die Partei Die Linke auf Wählerfang geht.

Die Linke betont das im Einzelfall Wünschbare und blendet das Machbare und Vertretbare aus. Einzelinteressen werden gegen das Interesse der Gesellschaft ausgespielt. Es wird vorgegaukelt, dass jeder Einzelne seine Wünsche auf Kosten der Gemeinschaft erfüllt bekommen kann. Die Summe aller Einzelinteressen ist aber nicht identisch mit dem Wohl der Gemeinschaft.

### Unseriöse Finanzierungsansätze

Für die astronomischen Summen, die die Versprechungen der Linken kosten würden, kann die Linkspartei keinen tragfähigen Finanzierungsansatz vorlegen. Alles soll möglich sein, bei gleichzeitiger Reduzierung sowohl der Wochen-, als auch der Lebensarbeitszeit. Bei vollem Lohnausgleich und einem gesetzlichen monatlichen Mindestlohn von mindestens 1.400 Euro brutto

werden die 30-Stunden-Woche und der Renteneintritt mit 60 Jahren angestrebt.

Dass diese Forderungen auch nur halbwegs realistisch sind, bezweifeln mittlerweile selbst prominente Parteimitglieder. So äußerte André Brie schon im „Spiegel“ vom 30.7.2007: „Wir stellen Forderungen und denken zu wenig darüber nach, welche realistischen Lösungsmöglichkeiten es gibt.“ Und Dietmar Bartsch gestand in der linken Wochenzeitung „Freitag“ vom 20.3.2008: „Wer die Probleme des Landes lösen will, braucht dafür umsetzbare Konzepte. Hier hat die Linkspartei Nachholbedarf.“

Die Kosten der Linken-Politik wären mit den bisherigen Einnahmen nicht annähernd abzudecken. Zwangsläufige Folge: Wir alle müssten deutlich mehr Steuern zahlen und die Staatsverschuldung würde deutlich steigen. Beispiele anderer Länder – vom ehemaligen Ostblock über Kuba bis Nordkorea – zeigen, dass sozialistische oder zentrale Planwirtschaft, hohe Steuerlast und staatlicher Dirigismus am Ende zu Unfreiheit und Armut führen.

### Forderungen der Linken und damit verbundene Belastungen

Die durch Anträge der Linkspartei im Parlament beleg- und bezifferbaren **Vorschläge haben eine jährliche Finanzwirkung von ca. 126 Milliarden Euro**. Eine Auswahl wesentlicher Forderungen der Linkspartei und der mit ihnen verbundenen Mehrkosten bzw. Mindereinnahmen stellen wir beispielhaft vor.

### Stichwort „Arbeitsmarkt“

Das Gesamtvolumen der im Bereich Arbeitsmarkt entstehenden **Mehrkosten beträge ca. 15,5 Milliarden Euro pro Jahr.**

- 500.000 zusätzliche „Jobs“ durch staatlich organisierte und verantwortete Beschäftigungsmaßnahmen mit einem monatlich garantierten **Mindestlohn** von 1.400 Euro.

**Mehrkosten:**  
ca. 8,5 Milliarden Euro/Jahr

- Anhebung der Grundsicherungsleistung für **erwerbsfähige Hilfebedürftige** (Alg II) auf 420 Euro.

**Mehrkosten:**  
ca. 5 Milliarden Euro/Jahr

- Erhöhung des **monatlichen Zahlbetrags** für Arbeitslose an die Rentenversicherung von 40 auf 78 Euro.

**Mehrkosten:**  
ca. 2 Milliarden Euro/Jahr

### Stichworte „Finanzen und Steuern“

Das Gesamtvolumen der im Bereich Finanzen und Steuern entstehenden **Mindereinnahmen beträge ca. 44,0 Milliarden Euro pro Jahr.**

- Der reguläre **Mehrwertsteuersatz** soll wieder von 19 auf 16 Prozent gesenkt werden.

**Mindereinnahmen:**  
ca. 24 Milliarden Euro/Jahr

- Die **Einkommensteuer-Freibeträge** sollen erhöht und ein flacherer Tarif eingeführt werden.

**Mindereinnahmen:**  
ca. 12 Milliarden Euro/Jahr

- Die weitere **Privatisierung** von Bundes- und Landeseigentum soll gestoppt werden.

**Mindereinnahmen:**  
ca. 8 Milliarden Euro/Jahr

### Stichwort „Familie“

- Die Linke fordert eine Erhöhung des monatlichen **Kindergelds** auf 250 Euro je Kind.

**Mehrkosten:**  
ca. 19 Milliarden Euro/Jahr

### Stichworte „Hochschule und Forschung“

Das Gesamtvolumen der im Bereich Hochschule und Forschung entstehenden **Mehrkosten bzw. Mindereinnahmen betrage ca. 18,5 Milliarden Euro pro Jahr.**

- Alle Studierenden und Auszubildenden sollen einen Anspruch auf **Zuschüsse** nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) erhalten.

**Mehrkosten:**  
ca. 17 Milliarden Euro/Jahr

- Die Mittel für den **Hochschulpakt** und für Forschung sollen aufgestockt werden.

**Mehrkosten:**  
ca. 0,5 Milliarden Euro/Jahr

- **Studiengebühren** sollen grundsätzlich nicht mehr erhoben werden.

**Mindereinnahmen:**  
ca. 1 Milliarde Euro/Jahr

### Stichwort „Gesundheit“

Das Gesamtvolumen der im Bereich Gesundheit entstehenden **Belastungen betrage ca. 9,0 Milliarden Euro pro Jahr.**

- Die Linke will auch auf **Arzneimittel** nur noch den ermäßigten Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent erheben.

**Mindereinnahmen:**  
ca. 4 Milliarden Euro/Jahr

- Die **Praxisgebühr** von zehn Euro im Quartal soll nicht mehr erhoben werden.

**Mindereinnahmen:**  
ca. 2 Milliarden Euro/Jahr

- Auch die **Zuzahlung** zu Arzneimitteln soll wieder abgeschafft werden.

**Mindereinnahmen:**  
ca. 3 Milliarden Euro/Jahr

### Stichwort „Europäische Union“

- Das Sofortprogramm **Zukunftsinvestitionen** soll um 100 Milliarden Euro aufgestockt werden. Der deutsche Anteil betrage 20 Milliarden Euro zusätzlich pro Jahr.

**Mehrkosten:**  
ca. 20 Milliarden Euro/Jahr

Allein durch die genannten Mehrausgaben und Mindereinnahmen entsteht der öffentlichen Hand eine Belastung von ca. 126 Milliarden Euro pro Jahr. Schon diese Maßnahmen entsprechen Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen von fast 50 Prozent des heutigen Bundeshaushaltes!

### Weitere kostenintensive Vorschläge mit mittelbarer Wirkung

Bei der Rente konzentrieren sich die Vorstellungen der Linken auf die Rücknahme der erfolgten Rentenreform. Diese war aber notwendig zur Sicherung des Beitragssatzes und damit zum Schutz der jüngeren Generation. Als Konsequenz dieser Rücknahme würde der Rentenbeitragssatz sukzessive auf 28 Prozent steigen. Dies sind 8 Prozentpunkte mehr als heute. Die private Zusatzvorsorge müssten junge Menschen darüber hinaus zusätzlich leisten. Dies würde Arbeitsplätze kosten und die Arbeitslosenzahlen stiegen damit wieder deutlich an. Fachleute und Wirtschaftsexperten rechnen mit bis zu 200.000 zusätzlichen Arbeitslosen pro Beitragspunkt und ca. 20.000 Euro Kosten bzw. Minder-

einnahmen für jeden Arbeitslosen. **Damit wären weitere Mehrkosten bzw. Mindereinnahmen von bis zu 32 Milliarden Euro jährlich zu erwarten!**

Weitere Belastungen in Höhe von etwa 30 Milliarden Euro jährlich kämen durch die Beschäftigungsverluste im Zuge der Einführung eines Mindeststundenlohns von 8,44 Euro hinzu. Berechnungen des ifo-Instituts folgend würde ein solcher Mindestlohn etwa 1,5 Millionen Arbeitsplätze kosten. Zu den schon genannten Auswirkungen kämen zusätzliche Belastungseffekte für die öffentliche Hand durch weitere Vorschläge der Partei Die Linke, die bisher nicht konkret ausformuliert worden sind und deshalb in ihren finanziellen Auswirkungen nur geschätzt werden können.

### Folgende Versprechungen kosten insgesamt pro Jahr deutlich über 10 Milliarden Euro:

- Veränderung der Bedarfsbemessung im Alg II.
- Ausweitung der Übungsleiterpauschale.
- Bedarfsorientierte Ermäßigungen der Energie- bzw. Ökosteuer.
- Ausweitung des CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramms.

Vollmundige Versprechungen	
Immer wieder werden folgende vollmundige Versprechungen gemacht:	
■ Senkung des Renteneintrittsalters auf 60 Jahre.	<b>Mehrkosten jährlich ca. 50 Milliarden Euro.</b>
■ Betreuungsgeld für alle Kinder bis 20 Jahre.	<b>Mehrkosten jährlich ca. 116 Milliarden Euro.</b>
■ Verstaatlichung des Strom- und Gasnetzes.	<b>Mehrkosten einmalig ca. 150 Milliarden Euro.</b>

Nicht zu beziffern ist die von der Linkspartei angestrebte Verstaatlichung von Post, Telekom und weiteren Wirtschaftsbereichen und Unternehmen. Dies betrifft sowohl den direkten Rück- bzw. Ankaufswert – sofern dieser überhaupt an

die Eigentümer und Aktionäre gezahlt werden soll – als auch die folgenden immensen ökonomischen Einbußen durch den Verlust der Leistungsfähigkeit unter sozialistischem Markt-dirigismus und sozialistischer Planwirtschaft.

## Fazit

Die Realisierung der genannten und bezifferbaren Vorstellungen der Linken zögen Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen von jährlich mindestens 200 Milliarden Euro nach sich.

Dies entspricht mehr als zwei Dritteln des Bundeshaushaltes. Allein um dies zu finanzieren müsste die Mehrwertsteuer – statt sie zu senken – theoretisch auf über 40 Prozent angehoben werden.

Dazu würden die jährlichen Belastungen der öffentlichen Hand bei zusätzlicher Absenkung

des Renteneintrittsalters und Einführung des Betreuungsgeldes für alle Kinder um weitere rund 166 Milliarden Euro auf über 360 Milliarden Euro jährlich steigen. Dies ist deutlich mehr als der aktuelle Bundeshaushalt von rund 285 Milliarden Euro.

Der finanzielle Ruin unseres Gemeinwesens wäre schnell erreicht und unser Land seiner Handlungsmöglichkeiten beraubt – ein Zustand, mit dem wesentliche Teile der Linkspartei angesichts der finanziellen Handlungsunfähigkeit der DDR Ende der 80er Jahre auch schon reichlich Erfahrung gesammelt haben.

**Herausgeber**

CDU-Bundesgeschäftsstelle | Marketing und Interne Kommunikation | Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin  
Telefon 030 22070-0 | Telefax 030 22070-111 | [info@cdu.de](mailto:info@cdu.de) | [www.cdu.de](http://www.cdu.de)